

Eisenhower: Keinen Zoll breit!

Entschiedene Berlin-Erklärung — Zu Gipfeltreffen bereit

Washington (ap/dpa). Die Vereinigten Staaten werden keinen Zoll breit von ihrer Verantwortung in Berlin weichen, sie seien jedoch durchaus bereit, an einer Gipfelkonferenz mit der Sowjetunion teilzunehmen. Dies erklärte Präsident Eisenhower in einer Ansprache über alle Rundfunk- und Fernsehsender der USA. Der Präsident betonte, die USA und ihre Alliierten hätten einen festen Standpunkt, wohin auch immer „der prüfende Finger eines Aggressors“ zeige.

Unmißverständlich wies der amerikanische Präsident darauf hin, die USA hätten nicht die Absicht, den Frieden zu erkaufen, indem man zwei Millionen freie Menschen in Berlin aufgabe. Eisenhower schloß die Möglichkeit nicht aus, daß es wegen Berlin zu einem Kriege kommen könne. Diese Gefahr werde jedoch klein, „wenn wir eine feste Haltung einnehmen“.

Wörtlich sagte der Präsident: „Wir werden keinen Zoll breit von unserer Pflicht weichen. Wir werden weiterhin unser Recht auf friedliche Passagen von und nach Berlin ausüben. Wir werden nicht die ersten sein, die den Frieden brechen. Es sind die Sowjets, die mit Gewalt drohen.“

Eisenhower sagte, in der Berlin-Frage ständen die USA vor drei grundsätzlichen Alternativen.

● Die erste wäre, vor der Sowjetunion zurückzuschrecken

und die Rechte und Verantwortlichkeiten aufzugeben, die mit dem Leben amerikanischer und verbündeter Soldaten erworben worden seien. Diese Möglichkeit sei für die USA eindeutig unannehmbar.

● Die zweite Möglichkeit, vor die die Sowjets den Westen gestellt hätten, sei, der Gefahr eines Krieges ins Auge zu sehen. „Das Risiko eines Krieges verringert sich, wenn wir standhaft bleiben.“

● Die letzte Möglichkeit seien Verhandlungen, „auch wenn wir fortfahren, für unsere Sicherheit gegen jede Drohung zu sorgen. Wir sind bereit, neuen Ideen Gehör zu schenken und sind darauf vorbereitet, andere zu unterbreiten. Wir wollen alles in unserer Macht Stehende tun, um ernsthafte Verhandlungen zustande zu bringen und um diese Verhandlungen bedeutungsvoll zu machen.“

Aus dem Wortlaut der Rede

Es ist keineswegs klar, wovon Westberlin befreit sein würde, außer vielleicht von der Freiheit selbst. Es würde nicht von der ständigen Gefahr einer kommunistischen Herrschaft befreit sein. Niemand, und bestimmt nicht die zwei Millionen Westberliner, kann die nackte Tatsache ignorieren, daß dieser Teil Berlins von zahlreichen Divisionen sowjetischer und ostdeutscher Truppen ein-

gekreist und von einem Gebiet umgeben ist, das von Behörden kontrolliert wird, die sich der Beseitigung der Freiheit in diesem Gebiet verschrieben haben.

Grundsätzlich können die USA das Recht irgendeiner Regierung nicht anerkennen, feierlich geschlossene Verträge, an denen wir, ebenso wie andere beteiligt sind, einseitig aufzukündigen. Was nun aber

die Lage in Berlin betrifft, so geht es dort um freie Menschen und freie Prinzipien.

Welche grundsätzlichen Möglichkeiten haben wir nun in dieser Lage, zwischen denen wir wählen können?

Weder Nachgeben ...

Zuerst einmal gibt es natürlich die Alternative, die die sowjetischen Machthaber uns am liebsten aufzwingen möchten. Sie hoffen, wir könnten durch Drohungen zur Aufgabe unserer Rechte gezwungen werden, die in Wirklichkeit Verpflichtungen mit dem Ziel sind, an der Herbeiführung einer gerechten und friedlichen Lösung des deutschen Problems mitzuwirken, Rechte, die die amerikanischen und alliierten Soldaten mit ihrem Leben erkaufen. Wir haben nicht die Absicht, unsere Rechte aufzugeben oder ein freies Volk zu verlassen. Die sowjetischen Machthaber sollten nicht vergessen, daß freie Männer schon früher für die sogenannten „Fetzen Papier“ gestorben sind, die Pflicht, Ehre und Freiheit bedeuteten.

... noch Krieg

Wenn wir unseren Verpflichtungen ausweichen würden, so würden damit für uns keine Probleme gelöst werden. Dies würde das Ende aller Hoffnungen auf ein Deutschland bedeuten, das von einer von den Deutschen selbst gewählten Regierung regiert wird. Es würde unter unseren Freunden die ernsthaftesten Zweifel an der Gültigkeit aller internationalen Abkommen und Verpflichtungen aufkommen lassen, die wir mit ihnen in allen Teilen der Welt abgeschlossen haben. Es würde zum Beispiel zu dem

(Fortsetzung auf Seite 6)

Auseinander- rücken . . .

K. W. B. Was eigentlich muß noch geschehen, um dem Ruf nach der Einigkeit des Westens endlich die Tat folgen zu lassen? Dieser Stoßseufzer ist fällig, wenn man die selbstquälenden Bemühungen ins Auge faßt, mit denen diese Woche über Politiker und Staaten auf den Mammutangriff Chrustschows, die westliche Einheit aufzuweichen und nach allen Richtungen hin zu zersplittern, reagiert haben. Auf die vielfarbig schillernden Reden Chrustschows, die er in beliebigster Menge und Tönung links und rechts der Stalinallee verteilte, lauschten die Manager der öffentlichen Meinung des Westens, als hätten sie sowjetische Reaktionen auf eine westliche Attacke zu erkunden. Statt dessen aber war Chrustschow durch die deutschen Lande hinter dem Eisernen Vorhang gerast, um Ausführungsbestimmungen für seinen Angriff auf Deutschland und Europa den jeweilig Betroffenen in der jeweilig schmackhaftesten Form zu offerieren. Konsterniert rätseelten viele an der breiten Skala der Chrustschowschen Gefühle, die den Toast auf den „Kanonen-König“ Krupp und das Rendezvous mit dem Vorsitzenden der SPD müheelos miteinander verbinden konnten. Im Gefälle dieser verwirrenden Herzlichkeiten und Brutalitäten verlor der Westen Zeit und Haltung, sich der ganzen und harten Notwendigkeiten zu widmen, Chrustschow als eine Gegenkraft von gesammelten Erfahrungen und gesammeltem Willen entgegenzutreten.

*

Nun aber weicht der Nebel aus Attacken und Beschwichtigungen. Es wird offenkundig, daß selbst die verbindlichsten Tête-à-têtes mit dem Mann aus dem Kreml nicht die Gewißheit vertreiben können, daß Moskau Deutschland in seine Finger bekommen will. Was will es besagen, wenn von solchen Diskussions-Stündchen Politiker mit der naiven Versicherung zurückkommen, die Sowjet-

union wolle alles, aber auch alles, auf dem Wege der Verhandlung erreichen? Die Geschichte kennt keinen Diktator und keinen Eroberer, der seinem Verhandlungspartner angeboten hätte, ihm den Kopf abzuschlagen, wenn er auf seinen Willen nicht eingehen wolle. Wenn Chrustschow in solchen Gesprächen mit leichter Hand die Angebote von diesem oder jenem Disengagement vom Tisch wischte, wäre es spätestens nach Ollenhauers Gang Unter den Linden an der Zeit gewesen, die überflüssige Reise Schmidts und Erlers nach Moskau abzublasen. Ganz offensichtlich werden die Moskau-Reisenden der SPD, ob sie nun das spektakuläre Zusammentreffen ihres Parteichefs mit Chrustschow im Eindruck verbessern oder erhärten wollen, erfahren müssen, daß es Chrustschow überhaupt nicht um politische Tauschgeschäfte, sondern um die Beherrschung Deutschlands geht.

*

Mögen sie wenigstens ernüchtert aus der sowjetischen Hauptstadt zurückkehren und etwas von der harten Skepsis mitbringen, die Englands Premierminister jetzt in Paris und Bonn als Untergrund für seine Gespräche und Pläne praktiziert hat. Die Engländer selbst hatten sich viel von der Erkundungsfahrt Macmillans versprochen. Und Chrustschow hatte — nicht nur mit seiner Tula-Rede — manches dazu getan, daß Macmillans Absichten, ein Friedensmacher zu sein, sich mit der Notwendigkeit mischten, ein Verteidiger der Angegriffenen zu werden. Man erfuhr in diesen Tagen, daß Macmillan offensichtlich Chrustschows gefährliche Berlin-Variante, die Westberlin allein unter eine Art Vier-Mächte-Status stellen möchte, schon in Moskau zu hören bekommen hat.

Gewiß war es richtig, die Chrustschowsche Variante als die Frucht der Einsicht anzusehen, daß er der geschlossenen westlichen Absicht gegenübersteht, unter allen Umständen die Position Berlins zu halten. Aber man mußte natürlich bei genauem Zusehen erkennen, daß die scheinbare Vier-Mächte-Position im west-

lichen Teil der Stadt, die Chrustschow jetzt angeboten hat, das Ende der Sicherheit und das Ende der Freiheit bedeuten müßte — es sei denn, der hier angepeilte Status gelte für die ganze Stadt und nicht nur für Westberlin.

*

Wir wissen nicht, ob dieses Projekt in den Gesprächen zwischen Macmillan und de Gaulle und Adenauer umfangreicheren Unterhaltungsstoff abgegeben hat, als ihm gebührt — wohl aber, daß die Probleme, die sich jetzt aus der Vorbereitung für eine gemeinsame westliche Konzeption ergeben, den Hauptstoff der größtenteils vertraulichen Unterhaltungen gebildet haben. Macmillan drängt, wie man weiß, auf eine Zone der militärischen Entspannungen, um die man mit den Sowjets in den zu erwartenden Verhandlungen ringen soll. Aber wenn der Westen hier und in dieser Stunde die Bedrohung Deutschlands und Berlins dämpfen will, dann kann er es nur mit dem Verlangen, die militärische Teilabrüstung, die hier angestrebt wird, mit Zugeständnissen auf dem politischen Gebiet zu erreichen. Man muß aber nun gerade nach den ausgedehnten Besprechungen Macmillans mit Adenauer annehmen, daß Macmillans diesbezügliche Pläne nur in der unlöslichen Verbindung mit Freiheiten für die unbefreite deutsche Zone als Pläne des Westens auftreten werden.

*

Dies möchten wir jedenfalls als Ertrag der Pariser und Bonner Besuche Macmillans werten. Und wir hoffen, daß der englische Premier seine Vorstöße für eine gemeinsame westliche Haltung in der kommenden Woche nun, mit diesen harten Erkenntnissen aus Bonn angereichert, nach Washington hin fortsetzt. Dort erst kann sich jetzt das bislang so diffuse westliche Meinungsbild über das, was zu tun ist, vervollständigen. Freilich darf man hier optimistisch sein; denn wenn nicht alles trägt, erwartet Macmillan in Eisenhower ein Mann, der in der letzten Woche Züge von Festigkeit und Entschlossenheit gezeigt hat, wie seit vielen Monaten nicht,

Taylor: Zum Einsatz bereit

Klare militärische Pläne für Berlin — Nationale Entschlossenheit der USA

Washington (dpa). Der Stabschef der amerikanischen Armee, General Maxwell Taylor, erklärte vor dem Senatsausschuß für die Verteidigungsbereitschaft, die militärische Führung der USA habe klare Pläne, um jeder Möglichkeit in der Berlin-Krise zu begegnen, wenn auch Berlin als militärische Position zu allen Zeiten unhaltbar gewesen sei.

Taylor machte diese Feststellungen in einer Geheimniszung des Senatsausschusses. Er warf die Frage auf, welchen militärischen Möglichkeiten die USA gegenüberstünden und sagte: „Wir stehen dem möglichen Einsatz von unbestimmten Streitkräften der Sowjetzone nach dem 27. Mai zur Verhinderung unseres freien Zugangs nach Berlin gegenüber. Würden wir es auf einen allgemeinen Krieg ankommen lassen? Nach meiner Meinung ist die Antwort kristallklar. Wir müssen jetzt bereit sein, uns für den Einsatz aller notwendigen Kräfte zu entschließen, um das Leben und die Sicherheit von zweieinhalb Millionen Deutschen zu gewährleisten, denen wir uns unwiderruflich verpflichtet haben.“

Auf die Frage eines Senators, welche Alternative für die USA bestehe, falls die Kommunisten entschlossen seien, Gewalt anzuwenden, wo doch Berlin vom militärischen Standpunkt nicht gehalten werden könne, sagte Taylor: „Nach meiner Meinung ist es die Offenkundigkeit der nationalen Entschlossenheit, falls erforderlich, wegen Berlin in den Krieg zu ziehen. Die Wirkung einer solchen Haltung würde die Sowjets davon abhalten, gegenwärtig ein Exempel zu statuieren. Wir müssen bereit sein, den Weg bis zu Ende zu gehen. Wir können an keinem Punkt umkehren.“

Militärisch gesehen, sagte Taylor, sei die Stellung der USA in Europa besser als in allen anderen Teilen der Welt. Die siebente amerikanische Armee in Europa, die aus fünf Divisionen bestehe, stehe hinsichtlich des Personals und der Ausrüstung „an der Spitze unserer Vorrangliste“. Die Vereinigten Staaten hätten genügend Einheiten für die „Anfangsphase eines Kampfes“, die er auf drei Monate nach der Mobilmachung schätzte. Taylor

bestätigte, daß in den Vereinigten Staaten eine Reservedivision vorhanden sei, die innerhalb von 24 Stunden nach Europa geflogen werden könnte.

Es bestünden bei der Armee genaue Pläne für die Verlegung von Truppen im Falle eines Notstandes. Die Luftstreitkräfte und die Marine seien über die Mobilisierungsbedürfnisse der Armee unterrichtet worden.

In Beantwortung einer anderen Frage sagte Taylor, daß die Pläne für eine begrenzte Kriegführung die Anwendung von Kernwaffen einschließen,

Berlin-Manifest der Jugend

Absage an die FDJ — Neuer Vorsitzender des BJR

Berlin (dpa). Der deutsche Bundesjugendring bereitet mit dem Ring politischer Jugend und dem Verband deutscher Studentenschaften ein gemeinsames Manifest vor, in dem die Haltung der jungen Generation zum Berlin-Problem und den damit zusammenhängenden Fragen ausgedrückt werden soll. Wiederneugewählte Vorsitzende des deutschen Bundesjugendringes, Edmund Duda (Gewerkschaftsjugend), auf einer Pressekonzferenz zum Abschluß der 20. Vollversammlung seines Verbandes mitteilte, ist das Manifest in wenigen Wochen zu erwarten. Der bisherige Vorsitzende, Dr. Schreeb, hatte nicht wieder kandidiert.

Eine Beteiligung an dem Jugend-Festival in Wien wurde vom Bundesjugendring abgelehnt, da es eine kommunistisch gesteuerte Veranstaltung sei. Auf Fragen von Berichterstattern aus der Sowjetzone — meist FDJ-Mitglieder, darunter ein Volkskammerabgeordneter — betonte der Vorsitzende des deutschen Bundesjugendringes nochmals, daß ein Gespräch zwischen seinem Verband und der FDJ erst möglich sei, wenn in Mitteldeutschland demokratische Zustände herrschen. Duda forderte die anwesenden FDJ-Mitglieder auf, erst einmal dafür zu sorgen, daß die jugendlichen politischen Häftlinge in der Sowjetzone entlassen werden. Es sei im übrigen widersinnig, wenn die FDJ jetzt Gespräche über ein freies Wandern in ganz

Deutschland anbiete, selbst aber erst dafür gesorgt habe, daß dieses Wandern durch ein Paßgesetz unmöglich geworden ist.

SPD warnt vor Weltfestspielen

Das Präsidium der SPD hat am Freitag alle Mitglieder der Partei davor gewarnt, an den kommunistischen Weltjugendfestspielen in Wien teilzunehmen oder an der Werbung und der Vorbereitung hierfür mitzuwirken. Das sei mit der Zugehörigkeit zur Partei nicht vereinbar. Die SPD setze sich nachdrücklich für geordnete sportliche und kulturelle Beziehungen über die Zonen-grenze hinweg ein, wende sich aber gegen die zunehmende Strangulierung des Reiseverkehrs durch die zuständigen sowjetzonalen Stellen.

Bonn gesprächsbereit

Bonn (dpa). Die deutsch-jugoslawischen Fühlungen über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien sind ohne Ergebnis abgebrochen worden. Wie aus dem Auswärtigen Amt verlautet, werde dieser „unverbindliche Meinungsaustausch über die Regelung der amtlichen Beziehungen“ zunächst nicht fortgesetzt. Die Bundesrepublik sei aber durchaus bereit, die Gespräche wieder aufzunehmen.

SED kämpft gegen den „Bremsheini“

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

B. Berlin (Eigenbericht)

Sehr viele Menschen fragen sich heute in Mitteldeutschland, was denn Gespräche auf dem „Gipfel“ sollen, solange im Keller- und Erdgeschoß keine Annäherung erfolgt? Wer private Besuche der Menschen in Deutschland verhindert, das Abhören westlicher Sender als Verrat und Kontakte unter Verwandten als staatsgefährdend bezeichnet, kann doch nicht im Ernst behaupten, eine freiheitliche Ordnung in ganz Deutschland zu wollen.

KÖTHEN

Kampf dem „Bremsheini“: SED-Genossen in Köthen kämpfen gegen das Sitzenbleiben. Lehrer gingen dazu über, die Schulkinder mit schwachen Leistungen zu „überraschen“. Sie fanden plötzlich Zettel von Mitschülern in ihren Schulbüchern, „endlich besser zu lernen, sich ein Wissen aneignen, das sich im Zeitalter des Sonnensputniks sehen lassen kann und nicht mehr ‚Bremsheini‘ zu sein. An Wandzeitungen wird veröffentlicht, wer sich „in der Straße der Bummelanten“ oder „auf der Spielwiese“ verirrt hat. Auch wer durch Schwätzen die „Flappermühle“ antreibt, wird karikiert. Fritschen Fleißig veröffentlichte folgendes Gedicht:

Richtig reden, rechnen,
schreiben,
Voll Dampf geben,
eins, zwei, drei,
Keiner darf mehr
sitzenbleiben,
Pioniere helfe dabei.

Briefträgerin wird eingeschaltet: Schüler, die Schwächen haben, erhalten einen Brief und laufend Listen ihrer Schwächen und Aufforderungen, ihr Verhalten zu ändern, zugeschickt. Jetzt haben die Pioniere die Briefträgerin eingeschaltet. Die Postboten sprechen die Kleinen an und fragen sie, ob das denn eine Unterstützung der Werktätigen wäre, wenn die Briefträgerinnen immer schwerer würden.

WISMAR

Straßen schmücken. Eine neue Idee verbreiten die Agitatoren

für das Ausschmücken der Häuser, Straßen und Plätze. So der Friedrich-Engels-Platz entsprechend dem Charakter der Volksarmee, der Schröderplatz im Zeichen der Weltjugend, die Lange Straße zu Ehren des XXI. Parteitages, der Stalinplatz als Platz der sozialistischen Wissenschaften, Reutershagen im Zeichen des Berliner Bären usw.

BAUTZEN

Diskussion um den Sender Luxemburg. In einem Diskussionsbeitrag wurde über den Sender Luxemburg gesprochen. „Die Mehrzahl der anwesenden Jugendfreunde bekennt sich offen dazu, begeisterte Hörer dieses Senders zu sein“, schreibt die „Sächsische Zeitung, Stadt- und Landausgabe Bautzen“ vom 10. März. Der Lehrer Böhmer wird eines falschen Verhaltens beschuldigt, weil er den Jugendfreunden gesagt hat, es sei nicht verboten, Radio Luxemburg zu hören, lediglich das Verbreiten der Mitteilungen dieses oder ähnlicher Sender sei verboten. Die FDJ-Funktionäre vertraten die Meinung, es komme einem Verrat der Arbeiter- und Bauernmacht gleich. Ein 17jähriger Lehrling rief daraufhin, er würde die schönen Musiksendungen verteidigen, denn die FDJ habe doch nichts zu bieten. Der SED-Kommentar: „Solche feindlichen Ansichten würden bewußt in die Jugend getragen, um sie von der großen sozialistischen Perspektive abzulenken.“

Einkellerungskartoffeln zurückgeben! An die Bevölkerung von Bautzen ist ein Aufruf gerichtet, zu überprüfen, ob jeder einzelne die in seinem Besitz befindlichen Kartoffeln wirklich benötige; es sollten alle überflüssigen Vorräte an HO und Konsum verkauft werden.

HALBERSTADT

Aussprachen mit jungen Menschen. Die Jugend wird aufgefordert, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen und sich nicht zu Hause zu verkriechen. Besonders auf dem Dorfe fehle es an der „sozialistischen

Arbeitsmoral“. Die „Volksstimme“ Halberstadt schreibt in einem Bericht über das Leben auf dem Lande: „Einmal in der Woche kommt das Kino, das ist alles. Wir wundern uns nicht über die Landflucht. In unserem Stützpunkt versinken wir im Morast. Die großen Maschinen, die Tausende von Mark kosten, sind der Witterung ausgesetzt, weil es keine Garagen gibt. Darunter leiden Arbeitsmoral und Arbeitsproduktivität.“ Die Antwort der SED lautet wie immer linientreu: „Ein kulturvolles Leben auf dem Lande zu entwickeln ist schwerer als in der Stadt. Das Dorf ist bewußt in finsterner Rücksichtigkeit gehalten worden.“

Planrückstand führte zu ernstlichen Diskussionen. Im VEB Maschinenbau Halberstadt entschlossen sich die Funktionäre zur Bekanntgabe folgender Rückstände: „Unser Produktionsfluß ist im Monat März gefährdet. Ihr vom Schwermaschinenwerk ‚Karl Liebknecht‘ Magdeburg seid im Rückstand mit der Lieferung von 320 Zylinderköpfen, 40 Zylinderköpfen, 30 Gabelhebeln, 240 Pleuelstangen, 400 Lagerschalenhälften und diversen Flanschen. Wann liefert das Werk?“

Sie schreiben westlich

Berlin (Eigenbericht)

Heftige Kritik an den westlichen Tendenzen der Ostberliner Schriftsteller und an der bisherigen Arbeit ihres Verbandes übte der neugewählte Erste Sekretär des Verbandes, Erwin Strittmatter. „Wir sahen zu“, erklärte er nach einem Bericht der Ost-„Berliner Zeitung“, „wie ein Teil unserer jungen Kollegen literarische ‚Modetorheiten‘ verfiel... Sie strebten nach dem ‚hartgesottenen‘ Stil der Dekadenzliteratur und wurden, was sie nicht sein wollten: roh und reaktionär.“ Die Ostberliner Schriftsteller, so versicherte Strittmatter, würden künftig gute Kunst und Literatur schaffen, wenn sie sich von der „kollektiven Weisheit“ der SED den Weg weisen ließen,

Adenauer mit Macmillan einig

Das Ergebnis von Bonn: Gipfeltreffen — Verdünnte Zone

Bonn/London (Eigenmeldung/dpa). Bundeskanzler Adenauer und der britische Premierminister Macmillan haben bei ihren zweitägigen Verhandlungen in Bonn nach den Worten des Bundeskanzlers „volle Einigung“ über die Haltung ihrer Regierungen in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion über Berlin und das Deutschland-Problem erzielt. Hierzu gehört ihre Zustimmung zu einer west-östlichen Gipfelkonferenz über Berlin, Deutschland und die Abrüstung, vorausgesetzt, daß Präsident Eisenhower damit einverstanden ist und das Gipfeltreffen durch eine Konferenz der Außenminister gründlich vorbereitet wird. Am späten Nachmittag flog Macmillan von Bonn nach London zurück. In der nächsten Woche wird er nach Washington fliegen, wo die letzten Entscheidungen fallen werden.

Als die Pressechefs der beiden Regierungen, Peter Hoppe und Felix v. Eckardt, gegen Ende der Bonner Besprechungen vor die versammelten Journalisten traten, konnten sie die volle Übereinstimmung der Regierungschefs „im Prinzipiellen wie im Verfahren“ feststellen. Sie gaben eine neue Darstellung der Pläne für eine geographisch begrenzte Abrüstung, die mit der ursprünglichen Idee eines militärischen Auseinanderrückens der Großmächte (Disengagement) nur noch entfernte Ähnlichkeit aufweist. Die „Zone begrenzter Rüstungen“, über die sich Adenauer und Macmillan danach geeinigt haben, stimmt weitgehend mit dem früheren Abrüstungsplan des Westens überein, der in der UNO von der Sowjetunion verworfen worden war. Dieser Plan sieht nicht etwa eine kleine Zone im Herzen Europas vor, sondern ein außerordentlich weites Gebiet, das etwa von Großbritannien bis nach Westrußland reicht. Eckardt fügte aber sogar hinzu, daß dieser Raum heute angesichts der technischen Fortschritte vielleicht schon nicht mehr groß genug sei.

Fortschritte notwendig

Außerdem waren sich die beiden Regierungschefs darüber einig, daß die Einrichtung dieser militärisch verdünnten Zone von politischen Fortschritten abhängig gemacht werden soll, die wohl in erster Linie Berlin und die Deutschlandfrage betreffen müßten. Der britische Pressechef sagte nichts darüber, ob Macmillans Gespräche in Moskau Anhaltspunkte da-

für geboten haben, daß die Sowjets heute diesen damals in der UNO abgelehnten Plan für annehmbar halten, vor allem, wenn er mit politischen Dingen verbunden wird. Als der britische Pressechef gefragt wurde, ob sich der jetzige Plan mit der Andeutung des britisch-sowjetischen Kommuniqués über „Maßnahmen der Begrenzung von Truppen und Waffen“ decke, erwiderte er einfach: „Ja.“

Nach Angaben von Bundespresseschef von Eckardt steht fest, daß die drei westlichen Mächte entschlossen sind, ihre Verbindungen nach Berlin zu sichern. Er konnte allerdings keine Auskunft darüber geben, wie diese Sicherungen aussehen. Ferner ist in den Unterredungen auch über Fragen des Friedensvertrages und der Teilnahme Polens und der Tschechoslowakei an den Viermächte-Verhandlungen gesprochen worden.

Asien erwartet deutsche Hilfe

Erhard bietet der Sowjetunion wirtschaftliche Hilfe an

Hamburg (dpa). Bundeswirtschaftsminister Erhard hat der Sowjetunion die Zusammenarbeit bei der Hilfe für die entwicklungsfähigen Länder angeboten. Der Minister sprach auf dem 39. „Liebesmahl“ des Ostasiatischen Vereins in Hamburg, an dem rund 500 Gäste aus allen Teilen des Bundesgebiets teilnahmen. Professor Erhard, der in seiner Rede aus den Erfahrungen seiner Asienreise des vergangenen Jahres berichtete, stellte fest, daß das eigene wirtschaftliche Interesse ebenso wenig wie politische

Überlegungen als Motiv für die Hilfe an die Entwicklungsländer ausreiche. Diese Hilfe müsse in einer komplexen Schau gesehen und auch aus dem menschlichen Bereich verstanden werden.

Gestufte Verhandlungen

Nach Berichten aus britischen Regierungskreisen hofft Macmillan, Präsident Eisenhower in der kommenden Woche für einen Plan der „gestuften Verhandlungen“ zwischen Ost und West gewinnen zu können. Der Plan soll im einzelnen vorsehen:

1. Die Westmächte werden in der kommenden Woche die Sowjets auffordern, um den 11. Mai nach Genf zu einer Außenministerkonferenz zu kommen.

2. Ende März sollen die westlichen Außenminister auf einer Konferenz in Washington ihre Pläne aufeinander abstimmen und diese dann Anfang April von den Außenministern der NATO bestätigen lassen.

3. Wenn es auf der Ost-West-Außenministerkonferenz in Genf zu einer annehmbaren Einigung kommen sollte, soll eine Gipfelkonferenz für Juli einberufen werden. Diese Gipfelkonferenz dürfte etwa eine Woche dauern. Ihre Ergebnisse sollen von einer Außenministerkonferenz im Laufe des zweiten Halbjahres 1959 im einzelnen vertieft werden.

Überlegungen als Motiv für die Hilfe an die Entwicklungsländer ausreiche. Diese Hilfe müsse in einer komplexen Schau gesehen und auch aus dem menschlichen Bereich verstanden werden.

Erhard gab zu überlegen, ob es nicht richtiger sei, von den Hilfsmaßnahmen den nationalen Stempel zu entfernen und statt dessen zu multilateralen Aktionen zu kommen. Gerade von den Deutschen erwarte man in Asien einen neuen Stil der wirtschaftlichen Hilfe.

Vernebelt

DT. Ganz plötzlich hat man jenseits des Brandenburger Tores umgeschaltet. Fast überhastet wurde ein Propagandaschlagler aus dem Verkehr gezogen. Seit dem Donnerstag der vergangenen Woche etwa darf niemand mehr von Ulbricht bis zum kleinsten SED-Funktionär von der Möglichkeit eines separaten Friedensvertrages zwischen der Sowjetunion und der sogenannten DDR sprechen. Und da wir von diesem geheimnisvollen Beschluß nichts wissen konnten und darum am Freitag früh in unserem Leitartikel „Acht lange Tage“ noch von diesem Ziel sowjetischer und sowjetzonaler Politik in aller Offenheit sprachen, gilt nun uns der Zorn der SED.

Am Sonnabend früh wurden wir in einem Leitartikel des „Neuen Deutschland“ darüber belehrt, daß niemand je einen separaten Friedensvertrag vorgeschlagen oder gewollt habe und daß wir uns der Lüge und Fälschung schuldig machten, wenn wir meinten, daß eine derartige völkerrechtliche Beauftragung der Spaltung Deutschlands, daß ein derartiger separater Friedensvertrag zwischen der Sowjetunion und der Sowjetzone von Ulbricht als die größte Sicherung seines Regimes angesehen würde.

Wir hatten uns allerdings gewundert, daß in dem ebenso wortreichen wie inhaltslosen Kommuniqué über den Aufenthalt des mächtigsten Mannes der Sowjetunion in Mitteldeutschland mit keinem Wort von der Möglichkeit eines separaten Friedensvertrages zwischen Moskau und Pankow die Rede war. Wir hatten uns deshalb gewundert, weil eben gerade Chruschtschow keine seiner Reden hatte vorübergehen lassen, weder in Leipzig noch in Ostberlin, ohne mit dieser „Trumpfkarte“ nach Westen hin zu drohen. Wir hatten also guten Grund, erstaunt zu sein, daß dieses bevorzugte Druckmittel der östlichen Politik, von dem ja auch Ulbricht in der letzten Februarwoche noch öffentlich gesprochen hatte, nun mit einmal unerwähnt blieb. Da wir gewöhnt sind, in der Weltpolitik so maßgebliche

Männer wie Chruschtschow einschließlich ihrer Sprachrohre sehr ernst zu nehmen, haben wir gerade diese mehrfach und unüberhörbar formulierte Androhung eines separaten Friedensvertrages sehr ernst genommen und nehmen sie auch heute noch sehr ernst.

Welche Gründe auch immer Chruschtschow und seine Befehlsempfänger in Ostberlin veranlassen mögen, plötzlich umzuschalten — diese Drohung der endgültigen Spaltung Deutschlands ist durch befohlenes Schweigen nicht aus der Welt geschafft. Vielleicht haben sich die sowjetischen Propagandisten ausgerechnet, daß man mit dieser separatistischen Formel kaum bei den Deutschen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs Erfolge erzielen kann. Nur muß man nicht annehmen, daß die Deutschen sich durch eine derart plötzliche

Vernebelung irreführen lassen. Schon gar nicht, wenn der Propagandamaschine der SED dabei Pannen passieren. Oder ist es vielleicht keine Panne, wenn am gestrigen Montag ein Interview von Ulbricht mit dem „Daily Express“ in London und in Ostberlin veröffentlicht wird, in dem sich bezeichnenderweise wiederum die drohende Formel mit dem separaten Friedensvertrag findet?

Allerdings wurde diese Stelle in der Wiedergabe der sowjetzonalen amtlichen Nachrichtenagentur adn unterdrückt. Jetzt wird also abgestritten, geleugnet und vernebelt, was der eigentliche Hintergrund der gesamten Attacke gegen das freie Berlin und für das beabsichtigte Friedensdiktat für Deutschland ist, nämlich die endgültig gemeinte Sicherung für Ulbricht und sein Regime durch einen separaten Vertrag.

Eisenhower: Keinen Zoll breit!

(Fortsetzung von Seite 1)

Ergebnis führen, daß das gegenseitige Vertrauen untergraben wird, auf dem unser gesamtes kollektives Sicherheitssystem begründet ist. Dies würden die Sowjets als einen großen Sieg über den Westen feiern. Es liegt ganz klar auf der Hand, daß diese Alternative für uns nicht annehmbar ist.

Die zweite Alternative, mit der sich zu beschäftigen die Sowjets uns gezwungen haben, ist die Möglichkeit eines Krieges. Natürlich wünschen das amerikanische Volk und die westlichen Völker keinen Krieg. Weltweite Konflikte unter modernen Bedingungen könnten die Vernichtung der Zivilisation bedeuten. Die sowjetischen Machthaber selbst sind sich dieser Tatsache voll bewußt.

Aber die Geschichte hat uns eine harte Lehre erteilt, die Lehre nämlich, daß keine Nation den Schrecken des Krieges erfolgreich durch den Verzicht auf Verteidigung ihrer Rechte vermeiden kann, indem sie versucht, die Aggression zu besänftigen.

Wir können nicht versuchen, den Frieden dadurch zu er-

kaufen, daß wir die zwei Millionen freier Menschen in Berlin opfern. Wir können nicht einer ständigen und zwangsweisen Teilung des deutschen Volkes zustimmen, die Mitteleuropa zu einem ständigen Pulverfaß machen würde, obwohl wir bereit sind, mit allen beteiligten Nationen jeden vernünftigen Weg zu seiner schließlichen Wiedervereinigung zu erörtern.

Zur Gipfelkonferenz bereit

Wir können nicht das einfach in Anspruch genommene Recht irgendeines Landes anerkennen, seine internationalen Abkommen nicht einzuhalten, sobald ihm dies gefällt.

Ich hoffe, daß wir alle auf diese Weise zu einem Überkommen mit den Sowjets über eine baldige Konferenz auf der Ebene der Außenminister gelangen können. Vorausgesetzt, daß die Entwicklungen eine Konferenz auf höchster Ebene im Sommer rechtfertigen, wären die Vereinigten Staaten bereit, sich an diesem weiteren Bemühen zu beteiligen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.

Adenauer gegen Rüstungsbegrenzung

Appell an die Sowjetunion: Laßt das deutsche Volk selbst entscheiden

W. Bonn (Eigenbericht). Bundeskanzler Dr. Adenauer hat sich am Montag noch einmal entschieden gegen eine Rüstungsbegrenzung in Mitteleuropa ausgesprochen. Gleichzeitig appellierte er an die Sowjetunion, endlich zu dem von ihr verkündeten Prinzip zu stehen, das Volk „selbst entscheiden zu lassen, welche soziale und politische Ordnung ihm paßt“.

In einem Interview mit der „Politisch Sozialen Korrespondenz“ erklärte Adenauer, alle Pläne über eine Rüstungsbegrenzung würden zu einer Schwächung und Gefährdung der westlichen Verteidigungskraft und der westlichen Sicherheit führen. Zwar werde immer behauptet, daß eine Rüstungsbegrenzung eine Entspannung fördere und Vertrauen schaffe, aber es sei eine schlechte Politik, wenn man dieses Vertrauen durch Unsicherheit und Schwäche auf der anderen Seite bilden wolle. Drei Tage nach seinen Besprechungen mit Premierminister Macmillan wies Adenauer in diesem Interview noch einmal alle Gedanken an ein militärisches Auseinanderücken der Großmächte (Disengagement) zurück und sagte wörtlich: „Diese Pläne waren nicht geeignet, für die großen politischen Probleme Europas Lösungen zu bringen. Sie borgen im Gegenteil die Gefahr in sich, den politischen Spannungszustand in Mitteleuropa zu verewigen. Nur mit der Herbeiführung politischer Lösungen aber könnte dieser Spannungszustand beseitigt werden.“

Keine Kriegsgefahr

Ausdrücklich wandte sich Adenauer auch gegen die sowjetische Behauptung, daß es im Zusammenhang mit der deutschen Frage eine Kriegsgefahr gebe. Die Sowjetregierung müsse endlich einmal begreifen, daß ihre ständige Behauptung absurd sei, ein Gewehr oder eine Atomwaffe in den Händen des Westens bedeute Vorbereitung zum Krieg, ein Gewehr oder eine Atomwaffe in den Händen des Ostens dagegen sei rein defensiv. Zu der Behauptung, der deutsche „Militarismus“ sei eine Gefahr für den Ostblock, sagte Adenauer, die Bundeswehr sei Teil der atlantischen Streitkräfte. Ein militä-

rischer Alleingang wäre nicht nur politisch unsinnig, sondern militärisch und technisch geradezu unmöglich. Im übrigen habe das deutsche Volk nach den Erfahrungen der letzten beiden Kriege wirklich keinen kriegerischen Ehrgeiz. In Wirklichkeit wolle die Sowjetregierung mit ihren Angriffen auf die Bewaffnung Deutschlands das gesamte westliche Verteidigungssystem schwächen.

Zur Wiedervereinigungsfrage sagte der Kanzler, er würde Christuschows Forderung, die Wiedervereinigung von den Deutschen selbst lösen zu lassen, für annehmbar halten, wenn die deutsche Bevölkerung in Ost und West wirklich frei entscheiden könnte. Dann wären nicht nur die politischen Pro-

bleme Deutschlands gelöst, dann wäre eine weitere Voraussetzung geschaffen für die völlige Entspannung zwischen Ost und West und für viele andere Probleme, die die Welt heute bedrückten. „Offenbar hat aber die Sowjetregierung Angst davor, die wirkliche Meinung der Deutschen in der sogenannten DDR kennenzulernen“, sagte der Kanzler. „Was wir dort jetzt erleben, ist doch gerade das, was Chruschtschow mit Worten verurteilt: eine ständige Einmischung in die Angelegenheiten des deutschen Volkes.“

Keinen Diktatfrieden

Auf dem Landesparteitag der CDU Niedersachsen erklärte Dr. Adenauer, solange die CDU an der Regierung bleibe, werde es für die Bundesrepublik keinen Diktatfrieden geben, sondern nur einen freiwillig geschlossenen Vertragsfrieden. Die Bundesregierung vertraue dabei auch auf die Freunde, die sie gewonnen habe und die einst Deutschlands Feinde waren.

Krebsbekämpfung mit neuen Mitteln

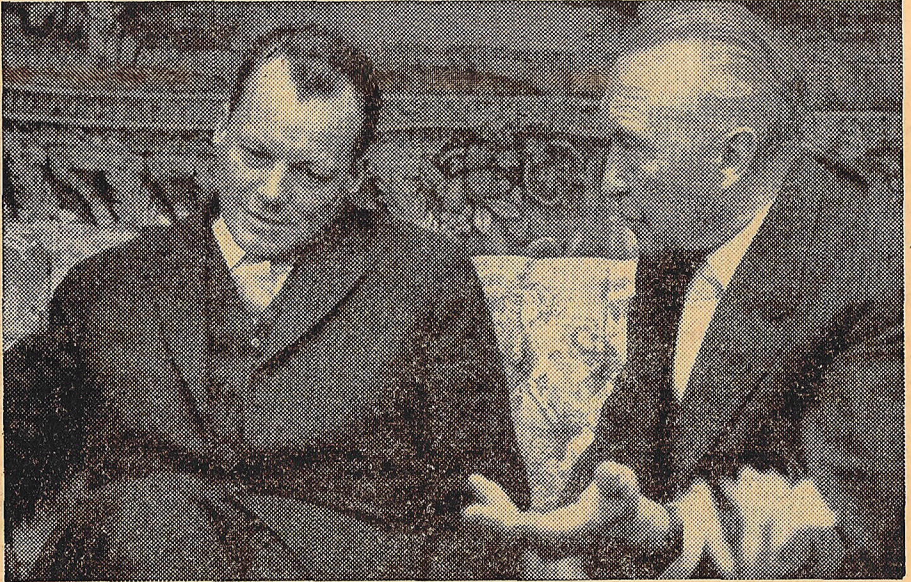
Bericht über Versuche auf dem Deutschen Krebskongreß

Berlin (ap/dpa). Am letzten Tag des Deutschen Krebskongresses in Berlin gab Professor Brock (Brackwede) einen stark beachteten Bericht über Versuche mit neuen deutschen Mitteln zur Krebsbekämpfung. Die Gefahren, denen das Knochenmark bei Anwendung der bisherigen Mittel ausgesetzt war, sollen nach Mitteilung von Professor Brock bei den neuen Substanzen auf ein Minimum herabgedrückt sein. Der zerstörende Kern des neuartigen Mittels bleibt mit einem Schutzmantel so lange umhüllt, bis er eine Krebsgeschwulst erreicht hat und dort „explodiert“. Bei Tierversuchen gelang es mit den neuen Mitteln, experimentell erzeugte krebsartige Geschwülste in 90 bis 100 Prozent der Fälle zu heilen.

Allein angewandt brachten jedoch auch die neuen Mittel nur geringe Erfolge. Sie erwie-

sen sich erst in Verbindung mit Operationen als wirklich wirksam. Sie zerstörten die Krebszellen, die beim Operationsschnitt häufig losgerissen werden, in die Blutbahnen gelangen und im Körper verhängnisvolle Tochtergeschwülste hervorrufen. Nach Mitteilung von Professor Brock wird man in etwa zwei Jahren beurteilen können, ob die neuen Mittel auch bei Menschen mit Aussicht auf Erfolg angewandt werden können.

Auf irreführende Fehlerquellen in der Statistik wies Professor Dr. Freudenberg (Berlin) hin. Bei Vergleichen der heutigen Sterblichkeitsziffern mit Zahlen der Krebstodesfälle aus früheren Jahrzehnten müsse berücksichtigt werden, daß früher zahlreiche Krebstodesfälle unter anderen Diagnosen registriert wurden.



BILDER DER WOCHE. Oben: In Bonn empfing Bundeskanzler Adenauer den Regierenden Bürgermeister Brandt im Anschluß an seine Weltreise zur Berichterstattung. — Unten: Amerikas bemannte Weltraumrakete vom Typ X-15 wurde zum erstenmal in der Luft erprobt. Unser Bild zeigt die Rakete unmittelbar vor ihrem Start am Mutterflugzeug.

